

Der Staatsvoranschlag Wekerles.

Vom Geheimen Rat Josef Szterényi.

Budapest, 2. Dezember.

Drei Jahre entbehrte Ungarn ein Staatsbudget. Der Krieg wurde als Ursache hingestellt, daß es so kam. Vergebens urgierten wir die Unterbreitung regelrechter Staatsvoranschläge, wir konnten mit unserer Forderung nicht durchdringen und mußten uns mit halbjährigen Indemnitätsvorlagen begnügen. Dem Großmeister der Finanzpolitik, Alexander Wekerle, war es vorbehalten, wieder geregelte Verhältnisse zu schaffen. Der Wahrheit zur Ehre soll es nicht verschwiegen bleiben, daß sich schließlich auch der gewesene Finanzminister des Tisza-Kabinetts, Johann Teleszky, entschlossen hat, der Forderung der damaligen Opposition — der derzeitigen Regierungsparteien — nachzugeben und daß er das Budget, welches Wekerle unterbreitete, fast fertiggestellt hat. Die Forderung nach einem regelmäßigen Budget war unsererseits nicht nur aus politischen Gründen aufgestellt worden. Es mag wohl sein, daß mancherseits dieses Moment vorherrschend war, zumal die Budgetdebatte die beste Gelegenheit zur Ausübung der oppositionellen Kritik darbietet, maßgebend für unsere Stellungnahme aber war jener Gesichtspunkt, welcher auch Wekerle bei der Unterbreitung leitete: aller Welt in die staatsfinanzielle Lage des Landes Einsicht zu gewähren und einen schlagenden Beweis dafür zu erbringen, daß der Krieg zwar eine sehr schwere Belastung für das Land bedeute, das Land aber genug stark sei, auch diese Lasten zu ertragen. Diesen Zweck hat Wekerle durch seinen vorgelegten Staatsvoranschlag und sein Exposé vollkommen erreicht. Zwar hat Ungarn bis nun für eine Zinsenlast von sechzehn Milliarden Kronen bisheriger Kriegskosten aufzukommen, zwar schwohlen die Zinsen der Staatsschulden von jährlich rund 350 Millionen Kronen auf rund 1030 Millionen an: der Staatsvoranschlag schließt dennoch mit einem Ueberschuß von über 25 Millionen Kronen, wobei noch für eine sehr starke Reserve vorgesorgt ist. Der Finanzminister war vorsichtig und sorgte für stille Reserven in ausgiebigem Maße. Allerdings ist das nicht ohne sehr erhebliche Steigerung der Steuerlasten möglich. Die mit dem Staatsvoranschlag gleichzeitig vorgelegten neuen Steuergesetzwürfe bilden ganz ansehnliche neue Belastungen, insbesondere, wenn sie mit den auf administrativem Wege eingeführten und bis Jahresende einzuführenden Steigerungen der Eisenbahntarife, der Erhöhung der Tabakpreise usw. zusammengefaßt werden. Aber Krieg ist eben Krieg, und wollen wir einer Welt von Feinden gegenüber unsere Existenz sichern, so müssen wir alle Opfer bringen und auf noch viel größere Opfer gefaßt sein. In seinem Exposé deutete Wekerle dies nur flüchtig an, wobei er auch darauf verwies, daß heute, während des Krieges und vor der Kenntnis der gesamten Kriegslast, ein durchgreifender Finanzplan für die Zukunft nicht möglich wäre, ein Standpunkt, welcher zwar mancherseits bekämpft wird, aber nur natürlich ist, denn um einen solchen Finanzplan aufstellen zu können, muß man schon einen Ueberblick über die Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes nach dem Kriege haben. Bei der engen Verbindung unserer beiden Staaten innerhalb der Monarchie ist eine diesbezügliche Verständigung der beiden Regierungen notwendig, wiewohl die Finanzen der zwei Staaten voneinander ganz unabhängig sind. Aber die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege werden voraussichtlich eine Gestaltung annehmen, bei der eine Verständigung unvermeidlich sein dürfte, zumal es praktisch nicht recht möglich sein wird, in gewissen Beziehungen nicht einverständlich vorzugehen. Theoretisch stehen die Dinge allerdings anders, aber grau ist jede Theorie; bei Wahrung aller selbständigen Rechte, voller finanzpolitischer Unabhängigkeit wird es unbedingt notwendig werden, sich über gewisse Fragen zu verständigen.

Wekerle deutete ganz flüchtig auf die wichtige Rolle hin, die den Syndikaten und Kartellen in der Friedenswirtschaft zufallen dürften. Ist es nun bei Aufrechterhaltung des freien Verkehrs zwischen unseren beiden Staaten — und dieser wird doch aufrechterhalten werden — denkbar, daß die Frage der Kartelle und die finanzielle Beteiligung der Staaten am Kartellwesen nicht nach denselben Prinzipien geregelt werde? Gar manche ähnliche wirtschaftliche und finanzpolitische Fragen werden auftauchen, ich verweise diesbezüglich nur auf die Notwendigkeit neuer Monopole, sie gehören aber alle in den Kreis eines großen Finanzplanes, erheischen jedoch auch eine Verständigung. Heute indes über keine Fragen zu sprechen, wäre verfrüht, daher konnte Wekerle nichts anderes tun, als sich vorläufig mit den bisherigen Finanzgeleisen zu begnügen und nur deren bessere Ausnützung, stärkere Inanspruchnahme ermöglichen. Manche Kritik verargte ihm dies und will einen Mangel an Konzeption in seiner Finanzpolitik erblicken, ohne zu bedenken, daß es bei ihm nicht an Konzeption fehlt, sondern daß er sich nur auf das im gegebenen Momente Mögliche beschränken mußte und konnte. Auch abgesehen von den schon erwähnten, derzeit noch unbekanntem friedenswirtschaftlichen Verhältnissen muß einer durchgreifenden Steuerreform die Organisation der Finanzadministration vorausgehen, denn heute zum Beispiel wäre nicht einmal die Durchführung einer Einkommensteuer bis zu einer notwendigen unteren Grenze möglich. Die Kritik macht es sich oft sehr leicht, der wahre Staatsmann darf sich aber um solche Kritiken nicht kümmern. Und wie ich Wekerle kenne, kümmert er sich auch sehr wenig darum.

Obzwar Wekerle in seinem Exposé peinlich darauf achtete, die Grenzen der momentanen Finanzlage nicht zu überschreiten, und weder die Konturen seines endgültigen Finanzplanes noch jene seines künftigen Regierungsprogrammes auch nur streifte — hierin lag eben Planmäßigkeit — schimmerten in seiner Rede doch manche Gedanken dieser Richtung durch. Dem Grundprinzip seiner alten Wirtschaftspolitik, der Förderung der Produktion durch Sicherung der Bewegungsfreiheit von Handel und Industrie, der freien Betätigung dieser Erwerbszweige blieb er nicht nur treu, sondern dies sind die Hauptpfeiler, auf welche sich seine